



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 15.08.2024
*öffentlich***

Ort: Stadthaus
Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Ausschussvorsitzende
Udo Nistripke	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Olaf Schöder	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Thorben Vierkant	Vertreter für Herrn Heinrich
Dr. Christoph Bergner	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Guido Haak	Teilnahme ab 16:36 Uhr
Katharina Kohl	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Annette Kreuzfeldt	Vertreter für Herrn Schmidt
Andreas Wels	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Yvonne Krause	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Fraktion Hauptsache Halle
	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
	FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
	(Saale)
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner
Sarah Labusga	Sachkundige Einwohnerin
Martin Thiele	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Frau Annika Seidel-Jähmig	Referentin GB IV
Frank Lange	Stellv. Leiter Fachbereich Gesundheit
	Amtstierarzt
Sabine Ernst	Amt. Leiterin Fachbereich Soziales

Entschuldigt fehlten:

Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr.med. Detlef Wend	Volt/MitBürger
Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Sie sprach anfangs einige einleitende Worte und äußerte den Wunsch auf eine gute Zusammenarbeit in der neuen Wahlperiode.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt sprach an, dass ergänzend zur Tagesordnung unter dem TOP 8 Mitteilungen drei Informationsvorlagen in Session hinterlegt worden sind.

Es gab keine Wortmeldungen zur Tagesordnung, sodass **Frau Haupt** zur Abstimmung aufrief.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bestimmung der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.06.2024
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage: VIII/2024/00058
 - 6.2. Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VII/2024/07189
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Wohngeldstelle der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2024/00195

- 8.2. Bezahlkarte für Asylsuchende
Vorlage: VIII/2024/00194
- 8.3. Jahresplanung 2024
Vorlage: VIII/2024/00202
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.06.2024
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

zu 3 Bestimmung der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses

Frau Haupt fragte nach Vorschlägen für einen stellvertretenden Vorsitzenden dieses Ausschusses. Sie brachte als Vorschlag Herrn Haak ein und begründete dies entsprechend.

Da es keine weiteren Vorschläge gab, rief **Frau Haupt** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr **Guido Haak** wurde als Stellvertretender Vorsitzender bestimmt

Frau Haupt fragte Herrn Haak, ob dieser das Amt annimmt, was **Herr Haak** bejahte.

zu 4 Einwohnerfragestunde

zu 4.1 Fragesteller 1 zur Einbürgerung

Fragesteller 1 sprach zur Einbürgerung vor.

Er schilderte, dass er seit 01.01.2023 in Halle lebt und dass er im Bergmannstrost tätig ist.

Er müsse zwei Jahre arbeiten, bis eine Einbürgerung möglich ist.

Seine Frau arbeitet halbtags. Sie haben 1 Kind, welches einen Kita-Platz benötigt, haben aber

eine Ablehnung dafür erhalten. Sie benötigen aber diesen Platz, da beide arbeiten.

Er fragte zum Stand der Einbürgerung nach.

zu 4.2 Fragesteller 2 zur Einbürgerung

Fragesteller 2 fragte, ob es den Tatsachen entspricht, dass man 5 Jahre einer Tätigkeit nachgehen muss, bis man die Einbürgerung erhält:

zu 4.3 Fragestellerin 3 zur Einbürgerung

Fragestellerin 3 fragte, wie lange es dauert, bis sie die Einbürgerung erhalten.

Bis jetzt hat sie keine Rückinformation dazu.

Sie arbeitet seit 2017 und erhält seit 2020 keine anderen Leistungen außer dem Kindergeld.

Wenn sie keine Einbürgerung in nächster Zeit erhält, müssen die Pässe wieder im März 2025 neu beantragt werden, was sie 2000 Euro insgesamt kosten würde.

Sie wies darauf hin, dass sie die deutsche Sprache gelernt haben und sich auch in der Gesellschaft engagieren. Ihr Kind fragt auch oft, was passiert, wenn sie nicht bleiben dürfen. Sie schilderte dies als sehr demotivierend. Ihr sei bekannt, dass die Bearbeitung bspw. in Dessau viel schneller erfolgt.

zu 4.4 Fragesteller 4 zur Einbürgerung

Fragesteller 4 ist seit 2003 in der Stadt Halle und seit 2014 eingebürgert worden. Seine Töchter sind Jahrgang 2007 und 2008, Anträge zur Einbürgerung wurden im November 2022 abgegeben und mit einer Ablehnung beschieden. Es wurden alle Unterlagen ein- bzw. nachgereicht. D. h., dass u. a. auch für diese Reisepässe, die teuer sind, beantragt werden müssen, wenn sie als Familie verreisen wollen. Er wollte wissen, warum seine Töchter keine Einbürgerung erhalten und wie es hierzu weitergehen kann.

zu 4.5 Fragesteller 5 zur Einbürgerung

Fragesteller 5 sprach an, dass er 4 Kinder hat und wegen der Einbürgerung vorspricht.

Er hatte hierzu im Jahr 2022 einen Termin bei einem Mitarbeiter der Einbürgerungsstelle, bisher hat sich nichts getan. Er wollte ebenfalls wissen, wie lange die Einbürgerung dauert und ob und wann er damit rechnen kann.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Haupt, sagte zu allen 5 Vorsprechenden, dass sie deren Anliegen an den zuständigen Bereich Einbürgerung, welcher zum Bürgermeister gehört, weitergeben wird. Sie geht davon aus, dass es hier zu Antworten oder Gesprächen kommen wird und sie wird sich persönlich hierzu auch informieren.

zu 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.06.2024

Die Niederschrift vom 13.06.2024 wurde bestätigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage: VIII/2024/00058**

Frau Haupt sprach an, dass Frau Rylke seit Jahren in diesem Ausschuss bereits Protokollführerin war und somit den meisten Mitgliedern bekannt ist. Sie rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Strä: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Einvernehmen mit dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestellt der Oberbürgermeister Frau Uta Rylke zur Protokollführerin.

Die Stellvertretung wird durch das Team Ratsangelegenheiten abgesichert.

**zu 6.2 Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VII/2024/07189**

Herr Lange führte in die Beschlussvorlage ein.

Frau Krause fragte, ob es sich bei den genannten Trägern um die einzigen Träger handelt, die sich mit der Suchtprävention beschäftigen. Außerdem wollte sie wissen, wie sich das mit dem AWO-Antrag verhält, da dieser erst 3 Wochen vor der Erstellung der Vorlage eingereicht worden ist.

Herr Lange antwortete, dass die AWO ihren Antrag nachbearbeiten musste und deswegen den überarbeiteten Antrag erst kurz vorher einreichen konnte. Der Fördermittelbescheid des Landes ging relativ spät erst ein, die Träger konnten aber durch die Erteilung des vorzeitigen Maßnahmebeginns schon tätig werden. Es handelt sich bei den genannten Trägern um langjährig tätige Träger in der Suchtberatung der Stadt Halle (Saale).

Frau Seidel-Jähmig sprach an, dass die Suchtkoordinatorin Frau Jäger zur Suchtberatung und –prävention hier im Ausschuss auch einmal informieren wird.

Herr Schöder fragte zu 2.800 Euro nach, die nicht ausgeschöpft worden sind.

Herr Lange antwortete, dass es sich hierbei um eine Personalstelle handelt, welche nicht voll besetzt gewesen ist.

Frau Haupt wies auf mögliche Änderungen der Finanzierung im Jahr 2025 hin, da es weniger Mittel vom Land geben wird. Dies wird dann zu den Haushaltsberatungen eine Rolle spielen.

Frau Labusga sprach dazu an, dass es hierzu bereits ein Schreiben an die Träger der Suchtberatungsstellen gibt. Wie ist deren Reaktion darauf?

Herr Lange antwortete, dass es dazu keine Rückmeldungen bisher gab. Dies wird dann Gegenstand der Haushaltsberatungen sein. Die Träger wurden aber bereits rechtzeitig informiert, dass für 2025 weniger Mittel vom Land zur Verfügung gestellt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Haupt** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Strä: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt die Förderung der Angebote von Trägern der Suchtberatungsstellen in Höhe von 959.645,84 Euro gemäß Anlage 1.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Wohngeldstelle der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2024/00195

Frau Ernst wies auf die vorliegende Informationsvorlage hin und führte zur aktuellen Antragslage und Maßnahmen der Wohngeldstelle aus. Dazu gehören unter anderem zwei Veranstaltungen, die gezielt für Seniorinnen und Senioren geplant sind und über Angebote des Fachbereiches Soziales informieren:

- am 10.09.2024 im Quartierbüro in Heide-Nord;
- am 11.09.2024 im Quartierbüro auf der Silberhöhe.

Neben der Leiterin der Abteilung „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ und der Leiterin der Wohngeldstelle steht auch die Seniorenbeauftragte der Stadt als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Sie informierte weiterhin über die Wohngeld-Erhöhung zum 01.01.2025 sowie den Austausch mit der Wohngeldstelle des Saalekreises.

Frau Ernst wies zudem darauf hin, dass im Fachbereich Soziales ein Front-Office eingerichtet wurde. Hier können sich Bürgerinnen und Bürger zum Thema Wohngeld beraten lassen.

Herr Schöder fragte, wo sich der Frontoffice-Bereich befindet.

Frau Ernst antwortete, dass sich diese Servicestelle im Eingangsbereich am Standort Südpromenade befindet.

Frau Labusga wollte wissen, wie die Bürger/-innen von den beiden genannten Veranstaltungen erfahren.

Frau Ernst antwortete, dass die Quartiersmanager bereits über die Angebote informieren. Zudem wird eine Presseinformation erfolgen. Eine Anmeldung für die Veranstaltungen ist nicht erforderlich.

zu 8.2 Bezahlkarte für Asylsuchende **Vorlage: VIII/2024/00194**

Frau Ernst verwies auf die hinterlegte Informationsvorlage in Session. Sie informierte, dass das Vergabeverfahren des Bundes aktuell aufgrund der Beschwerde eines Anbieters überprüft wird. Über den aktuellen Stand im Land Sachsen-Anhalt hat das Innenministerium die Städte und Landkreise heute im Rahmen einer Videokonferenz informiert.

Frau Ernst informierte über zwei Gerichtsurteile zur Anwendung der Bezahlkarte. Tenor: Die Sozialbehörden müssen örtliche Besonderheiten und unterschiedliche Lebenslagen berücksichtigen. Starre Bargeld-Obergrenzen zum Beispiel ermöglichen dies nicht.

Weiterhin wies sie auf das Pilotprojekt zur Bezahlkarte für Asylsuchende in der Stadt Magdeburg hin.

Herr Hemming fragte nach den in der Inforvorlage dargestellten 50 Euro mehr pro Monat.

Frau Ernst antwortete, dass die Abhebung eines Bargeldbetrages von 50 Euro pro Monat bundesweit festgelegt wurde. Die konkrete Ausgestaltung obliegt den Ländern. Entsprechende Vorgaben will das Land Sachsen-Anhalt über Erlasse regeln, unter anderem zur regionalen Reichweite und den Einsatzmöglichkeiten.

Herr Dr. Bergner wollte zu den Gerichtsurteilen der Sozialgerichte in Hamburg und Nürnberg wissen, ob diese bereits Rechtskräftigkeit besitzen.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr. Bergner fragte, was es mit der Planung der 1200 Bezahlkarten auf sich habe.

Frau Ernst antwortete, dass die Stadt aktuell mit dieser Zahl an Antragsberechtigten rechnet.

Herr Vierkant fragte zum Wachschatz nach, ob dieser notwendig erscheint.

Frau Ernst sagte, dass der künftig benötigte Umfang derzeit geprüft wird.

Frau Haupt sagte, dass bundesweit die 50 Euro pro Monat festgelegt worden sind. Wie ist das für die Kinder geregelt?

Frau Ernst antwortete, dass Leistungsansprüche Minderjähriger künftig auf die Karte eines Elternteils gebucht werden sollen.

Frau Labusga wollte wissen, ob es eine Entscheidung gibt, welches Elternteil die 50 Euro für das Kind entgegennehmen kann.

Frau Ernst antwortete, dass die genaue Regelung durch das Land noch nicht vorliegt. Aus Sicht der Stadt sollte dies durch schriftliches Einverständnis der Eltern erklärt werden.

Herr Hemming fragte, ob bei der Aufladung der Bezahlkarte diese gezeigt werden muss.

Frau Ernst sagte, dass der Stadt zur Anwendung der Bezahlkarte noch keine detaillierten Informationen vorliegen.

Herr Hemming fragte zur unterschiedlichen Handhabung in den Bundesländern nach.

Frau Ernst antwortete, dass die konkrete Ausgestaltung den Ländern obliegt und diese in den meisten Bundesländern noch nicht abgeschlossen ist.

Frau Dr. Kreuzfeldt fragte, ob es eine Übersicht geben wird, wo diese Bezahlkarte überall eingesetzt werden kann. Wie wird dies umgesetzt werden?

Frau Ernst antwortete, dass auch darüber das Land entscheiden und informieren wird. Die Verwaltung wird weiterhin regelmäßig über den aktuellen Stand zur Bezahlkarte im Ausschuss informieren.

Durch **Frau Kohl** wurde nach der Anzahl der Kinder gefragt, die bei den 1200 Bezahlkarten dabei sein werden. Gibt es hierzu dann einen Austausch mit den Kita's und Schulen? Was gab es bereits für Ideen hierzu?

Frau Ernst sagte, dass sie die Anzahl der Kinder im September im Rahmen der Mitteilung aufnehmen wird. Dies gilt auch für alle noch offenen Punkte, sobald dazu eine Regelung des Landes vorliegt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8.3 Jahresplanung 2024 Vorlage: VIII/2024/00202

Frau Haupt wies auf die vorliegende Jahresplanung 2024 hin und erläuterte für die neuen Mitglieder des Ausschusses, dass die Jahresplanung dazu gedacht ist, hier Themen aufzugreifen, die anfallen oder gewünscht werden.

Frau Seidel-Jähnig ergänzte, dass diese Terminliste nicht abschließend ist. Wenn Themen gewünscht werden, die von allgemeinem Interesse sind, werden diese aufgenommen und die Jahresplanung aktualisiert.

Frau Haupt sprach an, dass die Haushaltsberatungen in zwei Sitzungen sein werden und erklärte den neuen Mitgliedern das Prozedere. In der ersten Sitzung erfolgt die Einführung

durch die Verwaltung in den Haushalt 2025 und bis zur zweiten Sitzung können schriftliche Anfragen dazu gestellt werden, die die Verwaltung dann beantwortet. Anträge der Fraktionen werden für den Finanzausschuss gestellt und dort diskutiert und teilweise schon entschieden. Der Stadtrat entscheidet letztendlich über den Haushalt der Stadt.

Herr Hemming fragte nach der Thematik Hitzeschutzplan nach.

Frau Seidel-Jähni antwortete, dass dieses Thema voraussichtlich im November 2024 mit der Vorstellung der Mitarbeiterin, die diese Stelle angetreten hat, erläutert wird.

Herr Haak fragte zur Vorstellung der Suchtberatungsstellen im Ausschuss nach.

Frau Seidel-Jähni sagte zu, dass dies in der Jahresplanung mit aufgenommen wird, ohne bereits einen Termin hierfür benennen zu können, da dies vorab mit den Trägern besprochen werden muss.

zu 9 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 9.1 **Herr Schöder Wohngeldfall**

Herr Schöder übergab zu einem persönlichen Fall zum Wohngeld die Unterlagen an Frau Ernst im Ausschuss. Er bat darum, bei einem stattfindenden Gespräch mit dabei sein zu können.

zu 9.2 **Frau Labusga zur Stellenbesetzung im Bereich Einbürgerung**

Frau Labusga fragte, ob die 9 Stellen im Bereich Einbürgerung jetzt alle besetzt sind. Wenn nein, warum nicht?

zu 10 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, beendete den öffentlichen Teil und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin